

Home > Bezirke > FU Berlin: Bröckelt die woke Fassade? Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände

Kein Platz für Flüchtlingscontainer an der FU in Dahlem: „Woke Fassade bröckelt“

In Berlin sollen 16 Containerdörfer für Flüchtlinge errichtet werden. Eines davon im vornehmen Berlin-Dahlem – auf dem Gelände der Freien Universität. Die sagt, sie habe keinen Platz.



Anne-Katrin Palmer

16.04.2024 | aktualisiert am 16.04.2024 - 11:41 Uhr



Der Hahn-Meitner-Bau in der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem.

Schöning/imago

N

och dient das Grundstück mit einigen Sträuchern als Parkplatz. Etwa 4000 bis 5000 Quadratmeter ist die Fläche an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem groß. Geht es nach dem Senat, soll auf dem brachliegenden Unigelände bald ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge hochgezogen werden.

Doch in dem vornehmen Kiez brodelt es. Vor allem in der Freien Universität regt sich Widerstand, weil die Uni dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und

Forschung bauen möchte. Am Freitag teilte Berlins Flüchtlingskoordinator [Albrecht Broemme](#) der FU-Kanzlerin Andrea Güttner mit, dass er dort erst einmal Migranten unterbringen möchte. Diese schrieb zurück und wehrte sich, heißt es. „Eine auch befristete Unterbringung von Flüchtlingen ist für die Fläche nicht möglich“, entgegnete sie laut BZ.

An der FU fühlt man sich übergangen. Der Präsident Günter Ziegler beklagte, von den Senatsplänen erst aus der Zeitung erfahren zu haben. Die Hochschulleitung habe dieser Maßnahme nicht zugestimmt, sagt er.

Ein Sprecher Zieglers bestätigt, dass sich die Uni überrannt gefühlt habe. Er sagt: „Die Freie Universität Berlin ist grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.“ Als es im Winter 2014 und 2015 darum gegangen sei, kurzfristige Unterstützung bei der Unterbringung von in Berlin neu angekommenen geflüchteten Menschen zu leisten, habe die Freie Universität sofort unbürokratisch reagiert. Damals habe man rund 200 Erwachsenen und Kindern als Ersthilfe eine Notunterkunft in der Sporthalle der Universität ermöglichen können.

Außerdem habe man, „dem Berliner Senat eine kurzfristige Nutzung für Notunterkünfte für Geflüchtete für das Jahr 2023 in Aussicht gestellt.“ Damals habe die FU aber bereits darauf verwiesen, dass „die Fläche nach 2023 für eigene Baumaßnahmen dringend benötigt wird“.

Der Sprecher sagt weiter: „Aufgrund des hohen Sanierungsbedarfes der FU Berlin und der umfangreichen Bauplanungen stehen derzeit keine anderen Flächen zur Verfügung.“ Dafür aber stehe nur wenige hundert Meter weiter am Standort Thielallee 92 „nach unserer Information Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben seit einiger Zeit leer“, so der Vorschlag der Uni. Diese wurden bereits bis 2017 für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt, hieß es von der FU.



Neun weitere Flüchtlingslager in Ostberlin: Lichtenberger Bürgermeister nennt Plan „inakzeptabel“

Landespolitik 26.03.2024



Minderjährige Flüchtlinge: So viele machen sich jünger, als sie sind – und bleiben in Berlin

Politik 08.04.2024



Für Broemme, der derzeit jede städtische Freifläche daraufhin prüft, ob sie für eine Flüchtlingsunterkunft infrage kommt, lässt sich alles klären, wie er der Berliner Zeitung sagt. „Wir wollen keine Erweiterung der FU blockieren, doch solange das Grundstück brachliegt, können dort doch Flüchtlinge untergebracht werden.“ Die Uni-Kanzlerin habe er daher gebeten, eine zeitliche Angabe zu machen, wann das neue Gebäude entstehen soll. Bislang sei sie ihm eine Antwort schuldig geblieben. „Doch in der nächsten Woche entsteht dort sowieso kein Containerdorf, sondern wenn, in naher Zukunft“, so Broemme. Es müsse auch noch geprüft werden, ob es keine Bedenken in Sachen Naturschutz gebe.

Senat beschloss Ende März 16 weitere Containerdörfer

Ende März waren die 16 zusätzlichen Containerdörfer vom Senat beschlossen worden. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) räumte damals bereits ein, dass es kein einfaches Unterfangen war: „Natürlich war es ein Ringen. Wenn Sie 16 Standorte beschließen plus die soziale Infrastruktur, dann können Sie sich vorstellen, dass nicht alle direkt an einem Strang gezogen haben. Und trotzdem ist es gelungen, hier gemeinsam ein Gesamtpaket zu schnüren“, sagte er. Wegner sagte aber auch, dass die 16 Container-Dörfer nicht reichen und noch weitere hinzukommen würden.

Denn auch für Flüchtlinge gibt es viel zu wenig Wohnungen, und damit sie nicht ewig in den Notunterkünften der früheren Flughäfen Tegel und Tempelhof ausharren müssen, sollen die Container auf 16 Brachen, Parkplätzen und Irgendwann-Bauplätzen errichtet werden.

Broemme ist Sonderbeauftragter für Flüchtlingsfragen beim Senat und ewig auf der Suche nach freien Flächen.

Christophe Gateau/dpa


Die meisten sind mal wieder im Ostteil der Stadt geplant – allein neun Containerdörfer. Davon vier in Lichtenberg, drei in Pankow und zwei in Treptow-Köpenick. Die Häufung der neuen Standorte in den Ostbezirken trägt dazu bei, dass sich das Ungleichgewicht noch weiter verschärft. So nimmt beispielsweise Pankow als bevölkerungsreichster Bezirk Berlins schon jetzt fast 15 Prozent aller hauptstädtischen Flüchtlinge auf – in keinem Bezirk sind es mehr. Nach Auskunft des Bezirksamts Pankow leben dort derzeit etwa 5000 geflüchtete Menschen. Nun kommen noch einmal bis zu 1400 hinzu.

Doch auch in Reinickendorf entstehen zwei Containerdörfer, in Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf je eines. Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg gehen leer aus.

Spott im Netz über die FU: Die Uni sei doch sonst so weltoffen

Und eins soll auch in Steglitz-Zehlendorf entstehen, auf dem Unigelände, das nun für Ärger sorgt. Neu ist das nicht. Gerade in vornehmeren Stadtteilen rege sich oft Widerstand, heißt es in der Senatsverwaltung. Ein weiteres Beispiel sei Heckeshorn am Wannsee. Dort wird seit Jahren von einem Anwohner verhindert, dass in die leer stehende Lungenklinik Flüchtlinge einziehen. Der Streit geht seit 2018.

Im Netz spotten und ärgern sich manche darüber – vor allem über den Widerstand der FU. Berlins Linken-Chefin Franziska Brychcy schreibt via Twitter: „In Tegel leben aktuell 6000 geflüchtete Menschen, teilweise zu 16. in einer kleinen Kabine mit Doppelstockbetten. Wir brauchen weitere dezentrale Unterkünfte.“ Die FU Berlin könnte hier helfen und „den Parkplatz in der Thielallee 63 temporär zur Verfügung stellen.“

Eine Userin weitere twittert: „Warum hat die bunte, weltoffene & tolerante FU-Berlin Platz f. antisemitische Hamas-Aufmärsche, Gendergerechtigkeit & Fahnen, aber keinen Platz f. Unterkünfte f. die von ihr so gepriesenen Flüchtlinge? Ist das nicht rassistisch & intolerant?“ Und noch ein User schreibt: „Wenn man selbst betroffen ist, bröckelt die woke Fassade verdammt schnell.“ 

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.